

Herbert Hörz

Die EU zwischen Wirtschaftsinteressen und sozialen Herausforderungen¹

Die Europäische Union (EU) ist ein politisches Konstrukt zur Durchsetzung von Interessen der global agierenden europäischen Konzerne, um Maximalprofit zu erreichen und Renditen zu erhöhen. Dabei werden auch mittlere und kleine Betriebe (MKB) gefördert. Es geht um Standortvorteile zur Bündelung europäischer Wirtschaftskraft. Das macht politischen Druck auf internationale Konkurrenten möglich, um entsprechende Regelungen u.a. für Export und Import durchzusetzen. Kritisch wird im Portal „Wahrheitssuche“ im Internet festgestellt: „Wichtig ist es zu wissen, dass die EU-Kommission schon seit vielen Jahren nichts anderes ist als das ausführende Organ der global agierenden Großkonzerne, die in Brüssel vorschreiben, was beschlossen wird.“ (Wahrheitssuche 2013)

Zugleich wird gegen kleinliche Eingriffe in das Marktgeschehen protestiert. Ein Beispiel vom 27.10. 2013 steht unter der Überschrift „Die EU reguliert Staubsauger und erntet Kritik“. Die Meldung lautet: „Ab September 2014 dürfen nur noch solche Staubsauger verkauft werden, die weniger als 1600 Watt Leistung erbringen – und damit weniger Strom verbrauchen. 2017 wird auf 900 Watt gedrosselt. Eine entsprechende Verordnung ist bereits im Juli in Kraft getreten – nun regt sich Kritik. ‚Die Verbotswut der Kommission muss dringend gebremst werden‘, sagte der Chef der Unionsabgeordneten im EU-Parlament, Herbert Reul (CDU), am Samstag der Bild-Zeitung, ‚In der Wirtschaftskrise gibt es weitaus Wichtigeres als die europaweite Regulierung von Haushaltsgeräten.‘“ (News 2013) Auch andere Medien kritisierten diesen Fall. Immer mal wieder werden Beispiele für kleinliche Regelungen benannt.

Nun hat es die EU mit wachsenden euroskeptischen Stimmen zu tun, die in manchen ihrer Länder an politischem Einfluss gewinnen. Reaktionen darauf sind wichtiger als Debatten über technische Parameter und Lebensmittelformen. Es geht um das Spannungsfeld von Wirtschaftsinteressen und sozialen Herausforderungen. Die Zukunft dieser Union hängt davon ab, wie sie die auftretenden Probleme meistert. Auf einige Fragen soll hier eingegangen werden: Welche neuen Bedingungen führen eventuell zu einer neuen Prioritätensetzung? Worin bestehen die sozialen Herausforderungen, auf die zu reagieren ist? Philosophisch interessant sind wissenschaftliche und politische Stellungnahmen zur Problemsituation. Sie umfassen Analysen und Warnungen, auf die hingewiesen werden soll. Daraus ergeben sich Konsequenzen. Wie reagiert der Europäische Rat als entscheidendes Organ der EU für die Prioritätensetzung darauf? Letzten Endes geht es um die Frage: Welches Szenario setzt sich in der Zukunft durch? Beginnen wir mit den neuen Bedingungen und der Frage, ob sich daraus neue Prioritäten ergeben.

1. Neue Bedingungen - neue Prioritäten?

Die Immobilienkrise in den USA von 2007 löste eine Finanz- und Bankenkrise aus. Weltweit kam es zu Verlusten und Insolvenzen von Unternehmen, erst auf dem Finanzsektor und seit Ende 2008 auch in der Realwirtschaft. Durch die globale Verflechtung der Finanzwirtschaft wirkte sich das auf die EU aus. Die Finanzkrise, Rettungspakte für systemrelevante Banken hielten sie in Grenzen, wurde zur Wirtschaftskrise. Das Wirtschaftswachstum in den Ländern der EU ging zurück. Auswirkungen hat das auf die Beschäftigung. Arbeitslosenzahlen stiegen

¹ Berichte der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung für Weltwirtschaft und Weltpolitik (IWVWW), Jg., 24, Nr. 202 (Januar-März 2014), S. 7-24

in bestimmten Ländern rapide an. Das Preisniveau wurde angehoben. Kapitalströme waren zu regulieren. Spareinlagen verloren an Wert. Obdachlosigkeit nahm zu. Es entstanden soziale Schieflagen, die zu starken Protesten gegen den Sozialabbau führen. Kürzungen von Lohn und Renten, Entlassungen, Ausquartierungen, so in Griechenland, Spanien und Portugal, sind kaum zu verkraften. Streiks lähmen die Wirtschaft. Das Spardiktat durch IWF, Weltbank und EU verschärfte die sozialen Probleme. In Italien kam es zur Regierungskrise. Bei Wahlen gewannen Kritiker der EU und des Euro immer mehr Stimmen.

Auswirkungen hatte das auch auf die Finanzen der EU. Am 24.10.2013 meldete die „Süddeutsche.de“: „Das EU-Parlament hat zusätzliche 2,7 Milliarden Euro bewilligt und damit eine drohende Zahlungsunfähigkeit der EU abgewendet. ... Die EU-Regierungen hatten am Dienstag im Schnellverfahren das fehlende Geld für den Haushalt 2013 bereitgestellt. Das Loch war entstanden, weil die Einnahmen der EU aus Mehrwertsteuer und Zollgebühren wegen der Wirtschaftskrise geringer als erwartet ausgefallen waren. Allerdings klafft immer noch ein Loch von 3,9 Milliarden Euro im Haushalt 2013. Unter dem Druck der Abgeordneten haben die Regierungen zugesagt, den Nachtragshaushalt von 3,9 Milliarden Euro bis zum 30. Oktober zu bewilligen. Damit können alle beschlossenen Programme der Union auch bezahlt werden. Der komplette Nachtragshaushalt für das laufende Jahr ist für die europäische Volksvertretung Voraussetzung dafür, den mehrjährigen Finanzrahmen für die EU (2014 bis 2020) endgültig zu billigen. Dieser hat einem Umfang von knapp einer Billion Euro.“ (Finanzlücke 2013) Inzwischen ist dieser Haushaltsstreit erst einmal beigelegt. Doch die Probleme bleiben. Das zeigen auch Gegenstimmen, die den jetzt gefundenen Kompromiss nicht mittragen.

Das Spannungsfeld zwischen Wirtschaftsinteressen und sozialen Herausforderungen wird immer mehr zum Aktionsfeld der politischen Akteure. In den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs interessierte viele EU-Bürger und nationale Parlamente das soziale Gefälle in der EU weniger. Wirtschaftlich schwächere Länder drängten in die EU, um von den Förderungen zu profitieren. In der Selbstdarstellung heißt es zur EU: „Die Zahlen zum Wohlstandsniveau, zu den Einstellungen der Bürger, zu den Ausgaben für die Bildung und zum Fremdsprachenerwerb zeigen, dass zwischen den EU-Mitgliedstaaten sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede bestehen. Kein EU-Land ist wie das andere. Daher können sich zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder das Bevölkerungswachstum von Land zu Land erheblich unterscheiden. Auch verfolgt jedes Land seinen eigenen Ansatz in wichtigen Politikbereichen, zum Beispiel in der Bildungspolitik. In der EU leben 503 Millionen Menschen auf einer Fläche von mehr als 4 Millionen km² – nach China und Indien die drittgrößte Bevölkerung der Welt. Flächenmäßig ist Frankreich das größte und Malta das kleinste Land der EU.“

Um die Lebensqualität zu charakterisieren wird der Lebensstandard verglichen, „indem der Preis, zu dem bestimmte Waren und Dienstleistungen in den einzelnen Ländern angeboten werden, zum Einkommen in Relation gesetzt wird. Dafür wird eine gemeinsame künstliche Währung verwendet, der sogenannte „Kaufkraftstandard“ (KKS). Der Vergleich des in KKS angegebenen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts (BIP) ermöglicht einen Überblick über die Lebensstandards in den einzelnen EU-Ländern.“ Der Vergleich zu Europa, mit 100 ausgewiesen, zeigt die gravierenden Unterschiede. Am unteren Ende rangieren Bulgarien (46), Rumänien (47) und Lettland (59). Starke Volkswirtschaften, wie Frankreich (109) und Deutschland (121) liegen über dem europäischen Durchschnitt. Spitzenreiter sind Österreich (129), Niederlande (131) und Luxemburg (272). (Europa 2013) Das sagt noch nichts über den politischen Einfluss in der EU. Als Motoren der EU-Entwicklung werden meist Deutschland und Frankreich genannt.

Es sind vor allem die durch die Wirtschaftskrise entstandenen neuen Bedingungen, die, wegen der unterschiedlichen Auswirkungen auf die Lebensbedingungen in wirtschaftlich starken und schwachen Ländern, eine Überprüfung der Prioritäten verlangen. Sollte nämlich die soziale Bombe platzen, dann ist der Bestand der EU in der jetzigen Zusammensetzung gefährdet. Es wird zwar von den politischen Akteuren, wie noch zu zeigen sein wird, das Interesse der Wirtschaftsunternehmen weiter gewahrt, doch die sozialen Herausforderungen verlangen neue Reaktionen. Ob jedoch eine einheitliche Wirtschafts- und Sozial-Union entsteht ist weiter fraglich.

In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2011 heißt es dazu: „Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Der Sozialstaat ist zum Sanierungsfall geworden und muss deshalb reformiert oder rekonstruiert und modernisiert werden. Globalisierung und europäische Integration, die demographische Entwicklung und Individualisierungsprozesse in den Gesellschaften haben über lange Zeit hinweg am sozialstaatlichen Fundament der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) genagt. Wenn nicht bald mit den Sanierungsarbeiten begonnen wird, so die landläufige Konnotation, dann bricht der Sozialstaat unter seiner Kosten- und Umverteilungslast zusammen: ‚Umbau bedeutet Erhalt‘, lautet folglich die Devise.“ (Heise, Lierse 2011, S.2) Insofern äußerten sich die Autoren pessimistisch dazu, ob die EU mit den neu gesetzten Prioritäten zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise im Profitinteresse mit Rettungspakten und scharfen Auflagen, die zum Sozialabbau führen müssen, sich der sozialen Probleme annehmen werden. Sie schrieben: „Die Hoffnung, dass die Weltfinanzkrise mit ihren sozialen Verwerfungen ein Umdenken einleiten könnte und das Europäische Sozialmodell doch noch zum umkämpften Terrain eines anderen europäischen Integrationsmodus werden könnte, scheint vor dem Hintergrund der Haushaltslagen in fast allen EU-Staaten zu schwinden. Fast überall sind auch nach der Weltfinanzkrise die orthodoxen Diktionen der Finanzpolitik – ausgeglichener Haushalt im Rahmen des SWP – gültig oder werden gar noch schärfer formuliert. Auch scheint die Weisheit unumstößlich, wonach eine Haushaltskonsolidierung mittels konsumtiver Ausgabenkürzungen Erfolg versprechender sei als mittels Einnahmeerhöhungen ... Die sozialen Proteste überall in Europa mahnen an, dass die EU ohne soziales Fundament langfristig auf Sand gebaut sein könnte.“ (Heise, Lierse 2011, S.35f.)

In Deutschland wird eine „Sozialstaats-Dämmerung“ konstatiert. (Borchert 2013) Wenn es nicht gelänge, alle Schichten der Bevölkerung an den Kosten zu beteiligen, würde diese Dämmerung, d.h. der Verfall, weitergehen. Die Sozialversicherung dürfe nicht weiter nur an den Lohn gebunden sein. Alle anderen Schichten, Kapitaleigner, Beamte, Gewerbetreibende wären zu beteiligen. Dem kann man nur zustimmen. Diese Herangehensweise würde dem Solidarprinzip entsprechen. Die Lasten würden gerechter verteilt. Auch die zwei-Klassen-Medizin ist damit in Frage gestellt. Doch politische Kräfte blockieren, auf der Grundlage wirtschaftlicher Interessen, entsprechende Reformen. Auch die notwendige Vereinfachung der komplizierten Steuergesetzgebung mit ihren sozialen Ungerechtigkeiten erfolgt nicht. Eventuell zwingt die normative Kraft des Faktischen, die sich sowohl in wirtschaftlichen Einbußen, als auch in Massenaktionen ausdrückt, politische Kräfte zur Überprüfung der Prioritäten, um soziale Konflikte zu entschärfen. Das führt zur Frage: Worin bestehen nun die sozialen Herausforderungen vor denen die EU steht?

2. Welche sozialen Herausforderungen sind zu bewältigen?

Ehe wir auf die Prioritätensetzung der EU eingehen, wie sie auf der Sitzung des Europäischen Rats im Oktober 2013 erfolgte, sollen die sozialen Herausforderungen, vor denen die EU steht, kurz in wesentlichen Punkten charakterisiert werden. Es geht dabei um zwei Gruppen von Problemfeldern, für die Verantwortung übernommen werden müsste: Dazu gehören der EU äußere, doch von ihr mit verschuldete, soziale Folgen, und die Lösung innerer

Widersprüche, die vor der EU-Erweiterung äußere waren und nun in der EU auszutragen sind. Zu den äußeren Folgen gehören (1) die Auswirkungen militärischer und (2) wirtschaftlicher Aktionen, die zu bedenken sind. Das erfordert (3) eine verantwortungsvolle Politik in der Flüchtlingsfrage. Diese äußeren Widersprüche sind eng mit der notwendigen Lösung globaler Probleme verbunden. Es geht um den Erhalt der menschlichen Gattung und ihrer natürlichen Lebensbedingungen, um die friedliche Lösung von Konflikten und um die Erhöhung der Lebensqualität aller Glieder einer soziokulturellen Identität.

(1) EU-Länder sind wichtige Rüstungsexporteure, besonders Deutschland gehört dazu. Sie beteiligen sich über die NATO an Kriegen und militärischen Einsätzen. In Afghanistan wird von einem Scheitern der Mission gesprochen, die zum Einsatz ausländischer Truppen führte, um die Sicherheitslage zu stabilisieren und humanitäre Hilfe zu leisten. Dafür gab es noch ein UNO-Mandat. Doch es wurde Krieg geführt, wie erst nach und nach der deutschen Bevölkerung klar gemacht wurde. EU-Länder gehörten dann zur Gemeinschaft der Willigen, die den Krieg im Irak, gegen das Völkerrecht gerichtet, führten. Horrormeldungen aus diesem Land über ständig neue Anschläge sind erschreckend. Die Lage wurde destabilisiert. Es kommt nun zu religiös motivierten Auseinandersetzungen mit vielen Toten. In Libyen nutzte man eine nicht ganz eindeutige Resolution des Sicherheitsrats zum Bombardement durch französische und britische Truppen mit zivilen Opfern und einer zerrütteten Infrastruktur, in der Milizen und Clans ihre Interessen weiter mit militärischen Mitteln verfolgen. In Mali wurde eingegriffen. Syrische Chemiewaffen konnten mit Materialien aus EU-Ländern hergestellt werden, die nun zur Vernichtung anstehen. Wer profitierte von den militärischen Aktionen? Vorher waren es die Lieferanten von Kriegsmaterial. Sobald es um Rohstoffe und vor allem um Öl geht, sind es die multinationalen Konzerne, die nach den Aktionen wieder Zugriff auf die Ressourcen erhalten. Welche Verantwortung wird nun von der EU für die Opfer, die Zerstörung, die Kriegslasten übernommen? Die Infrastruktur ist zerstört und schwer wieder herzustellen. Oft dominieren Sprechblasen und Taten erfolgen nur zögerlich. Wissen möchte man, wem die finanziellen und materiellen Leistungen, ermöglicht auch durch viele Spenden, wirklich zu Gute kommen. Der zu erwartenden Rache an Kollaborateuren wird nur ungenügend vorgebeugt.

(2) Weniger im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht die Expansion global agierender Wirtschaftseinrichtungen der EU in anderen Ländern. Werden Landesprodukte durch Billigware aus Europa vom Markt gedrängt, können einheimische Produzenten nicht mehr von ihrer Arbeit leben. Schöpferische Kräfte, die im Inland gebraucht würden, zieht Europa mit Versprechungen an. Umweltschäden werden durch die Ausbeutung von Rohstoffen angerichtet. Dagegen ist die Entwicklungshilfe, deren Einsatz interessengeleitet erfolgt, minimal. Kommen jedoch dann Flüchtlinge nach Europa wird über deren Los gejammert, doch brauchbare Lösungen kaum angeboten. Wir wollen zwar arbeitsfähige Einwanderer, doch keine Verantwortung dafür übernehmen, was in den Ländern, aus denen sie kommen, von der EU mit angerichtet wurde.

(3) Zur Flüchtlingspolitik der EU wird in Zeit-online vom 11.10. 2013 festgestellt: „Die Geschichte der europäischen Migrations- und Asylpolitik ist ein Trauerspiel, trotz jahrzehntelanger Verhandlungen. Deutschland hat daran nicht geringen Anteil.“ Weiter heißt es: „Seit Jahrzehnten schon streitet Europa über eine gemeinsame Migrations- und Asylpolitik. Sie steht im Spannungsfeld zwischen menschenwürdigem Flüchtlingsschutz und einer solidarischen Verantwortungsteilung unter den Mitgliedstaaten. Die entscheidende Frage aber lautet: Wer übernimmt die Verantwortung? Hat sich Europas Asyl- und Flüchtlingspolitik nicht vor allem in eine Richtung entwickelt: weg vom Schutz der Flüchtlinge und hin zum Schutz der Festung Europa vor ihnen?“ (Pramstaller 2013) Bei der Setzung von Prioritäten durch den Europäischen Rat werden wir sehen, dass das der Fall ist. Der Grenzschutz steht vor humanitärer Hilfe.

Kommen wir nun zu den inneren Widersprüchen, die zu lösen sind. Auf fünf wesentliche soll hingewiesen werden:

Erstens: Die garantierte Freizügigkeit der EU-Bürger und die teilweise schon aufgehobenen Restriktionen bei der Suche nach Arbeitsplätzen in den Ländern der EU werden immer mehr zu einem politischen und ideologischen Problem. Debatten um Roma sind nur ein Aspekt. Überteuerte Unterkünfte, bürokratischer Aufwand, Vorbehalte u.a. vergiften die Atmosphäre. Rechtsradikale schüren Ausländerhass. Latenter Rassismus bricht offen aus. Wir sollten uns der Gefahren bewusst sein, die daraus erwachsen können und werden.

Zweitens: Finanz- und Wirtschaftskrise haben generell die Arbeitslosigkeit gefördert. Die Länder der EU sind unterschiedlich davon betroffen. Nach der Statistik für 2012 sind, bei einem Durchschnitt von 10,5% für die EU, die Spitzenreiter Spanien (25%), Griechenland (24,3%), Kroatien (15,9%) und Portugal (15,9%). Italien (10,7%) und Frankreich (10,3%) liegen knapp über und unter dem Durchschnitt. Deutschland (5,5%) gehört mit den Niederlanden (5,3%), Luxemburg (5,1%) und Österreich (4,3%) zu den Ländern mit der niedrigsten Quote. (Arbeitslosenstatistik 2012) Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen unter 25 Jahren in Griechenland (57,3%), Spanien (56%) und Portugal (36,8%) ist erschreckend. Zwar wird betont, dass die Jugend die Zukunft sei, doch ausreichende Investitionen zur Beseitigung der antihumanen Zustände fehlen. Arbeitslosigkeit führt nicht selten zur Obdachlosigkeit. Außerdem ist mit ihr Altersarmut vorprogrammiert. Hinzu kommt, dass Kinder nicht selten in Familien mit Arbeitslosigkeit unwürdigen Zuständen ausgesetzt sind. In einem Gespräch erklärte mir ein Psychiater, dass er es für besser hielte, wenn mehr Gelder eingesetzt würden, um Arbeitslose zu beschäftigen, da sich mit der Arbeitslosigkeit verbundene psychische Defizite auf die Familie und besonders die Kinder auswirkten. Dabei gehe es nicht nur um Alkoholismus und Gewalt. Sehe sich der Arbeitslose als Versager, verlange er oft von seinen Kindern fast Unmögliches, was wiederum Behandlungen nach sich ziehe. So könne man die Finanzen sinnvoller verwenden, wenn man Arbeit schaffe.

Drittens: Die Schere zwischen Armen und Reichen wird weltweit immer größer. Dazu gehört auch das wachsende Auseinanderklaffen zwischen armen und reichen Ländern. Die high-tech-Länder der EU erhalten ihren Reichtum und den Wohlstand auch auf Kosten ärmerer Länder, etwa durch die Verlagerung ihrer Produktion in Billiglohnländer. Eine wichtige Rolle spielt dabei die virtuelle Finanzwirtschaft mit ihrer Trennung von der Realwirtschaft, Edgar Most meint in seinen Antworten auf Fragen von Steffen Uhlmann dazu: „Kasinokapitalismus – das Gift der Finanzmärkte? Das unheilvolle Paralleluniversum, das von den Investmentbankern global geschaffen worden ist, bedroht die Menschheit heute mehr als die in den Waffenarsenalen lagernden Massenvernichtungswaffen. Davon bin ich zutiefst überzeugt.“ (Most 2011, S. 94f.) Das führe zu einem Moralverfall. Über den „ökonomischen Aspekt dieses Moralverfalls“ betonte Most: „Es hat sich mittlerweile rund um den Globus eine Kaste von Superreichen eingemistet. Egal ob in Amerika, Europa oder dem Fernen Osten. Überall ist in den vergangenen Jahren die Zahl davon gestiegen, die neben ihren Autos, Villen und anderen Sachwerten ein Geldvermögen besitzen, das nicht mehr eine oder zehn Millionen, sondern Hunderte von Millionen oder gar eine Milliarde und mehr beträgt. Zwischen 1997 und 2007, also innerhalb von nur zehn Jahren, hat sich die Zahl der Superreichen mehr als verdoppelt.“ Das ökonomische Problem bestehe darin, dass sie ihr Geld nicht ausgeben. Der Konsum werde nicht angetrieben. Geld verwandle sich in Aktien. „Die Superreichen, die von den Blasen an den Börsen am meisten profitierten, pusten sie nun erneut wieder auf und kassieren weiter ab.“ (Most 2011, S. 100f.) Wie lange werden sich Menschen in prekären Verhältnissen das gefallen lassen? Wir haben es auch mit einer nicht mehr zeitgemäßen Ethik zu tun. (Hörz, H.E. 2013)

Viertens: Dem wachsenden Reichtum einer Oberschicht steht immer größere Armut vieler Menschen in den Ländern der EU entgegen. Zwar ist Armut in der EU nicht mit der Armut in armen Ländern gleichzusetzen. Dazu heißt es: „In Deutschland und dem größten Teil Europas ist mit dem Armutsbegriff keine absolute, sondern eine relative Armut gemeint. Im Gegensatz zu den Entwicklungsländern gibt es innerhalb der europäischen Länder keinen existenzbedrohenden Mangel mehr. Alle haben genug zu essen, keiner geht unbekleidet, und jeder hat ein Dach über dem Kopf. Ebenso haben alle Zugang zu schulischen, medizinischen und kulturellen Einrichtungen. Vielmehr knüpft der europäische Armutsbegriff an die Bedingungen an, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, dass ein soziokulturelles Existenzminimum bzw. eine Teilnahme an der Gesellschaft gestattet. Gemeint ist also eine im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung erschwerte Teilnahme am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben. Zudem ist damit auch ein Unterschreiten von Konsumstandards gemeint.“ Es ist jedoch zu bezweifeln, dass es für manche Menschen keinen existenzbedrohenden Mangel in der EU gibt. Dagegen sprechen viele Berichte über Hunger, fehlende Wohnung, mangelhafte Bildung. Ist eine bezahlbare sichere Energieversorgung für alle Menschen gewährleistet? Warum wachsen auch in Deutschland die Schlangen vor den Tafeln zur Versorgung mit Lebensmitteln? Wir sollten nicht dem neoliberalen Menschenbild verfallen, nach dem der Einzelne schuld ist, wenn er die ihm gebotenen Möglichkeiten nicht nutzt. So kann sich Politik aus sozialer Verantwortung stehlen.

Weiter wird zum reduzierten Armutsbegriff festgestellt, der mit dem soziokulturellen Existenzminimum doch einen wichtige Aspekt betont: „In Europa betrifft Armut nicht nur die weniger entwickelten Länder Europas, sondern auch die wirtschaftlichen Zugpferde der EU. Dabei ist jedoch die Ausgangssituation in den einzelnen EU-Ländern sehr unterschiedlich. Insgesamt sind rund 17 Prozent aller EU-Bürger armutsgefährdet, das heißt, dass sie weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verdienen. Vor allem Kinder und Jugendliche, ältere Menschen, Arbeitslose, Migranten, Menschen mit Behinderungen sowie Alleinerziehende sind von Armut bedroht. Um das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut zu stärken und die Wahrnehmung für deren Ursachen und Auswirkungen zu schärfen, hat die Europäische Union das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen.“ (armut.de 2013)

Doch viel erreicht wurde seit 2010 nicht. Das zeigen die Proteste in den EU-Ländern. Hinzu kommt, dass es nicht nur um elementare Lebensbedingungen, wie Nahrung und Obdach geht, sondern, selbst wenn diese gesichert sind, andere Defizite eine Rolle spielen. Dazu heißt es: „Die Folgen von Armut sind nicht ausschließlich auf den Besitz bzw. den Verzicht von materiellen Gütern beschränkt. Die finanziellen Verhältnisse der Haushalte haben auch Auswirkungen auf die Lebensumstände der Menschen. So sind die Wohnverhältnisse, die Gesundheit, die Verwirklichungschancen der Kinder und die soziale Teilhabe an der Gesellschaft bestimmt durch eine etwaige Armutslage. ... Den Auswirkungen von Armut auf die Gesundheit wurde lange Zeit kaum Beachtung geschenkt. Mittlerweise belegen jedoch zahlreiche Studien die Zusammenhänge zwischen belasteten Lebensbedingungen und dem Gesundheitszustand durch niedrige Einkommen und schlechte Bildungszugänge. Die Ungleichverteilung der Gesundheitschancen, die sowohl das physische wie auch das psychische Wohlbefinden mit einschließen, zeigt sich in allen Ländern.“ (Halmer 2012, S. 1f.)

Fünftens: Bildung und Karriere stehen in engem Zusammenhang. Wenn Bildung von den sozialen Umständen bestimmt ist, dann hat das Auswirkungen auf die Karriere. Das vorherrschende Menschenbild in der neoliberalen Welt der EU ist durch Markt, Profitstreben, Privatwirtschaft und Effizienz bestimmt. Wir haben es mit einer auf sozialen Unterschieden aufbauenden verschärften Bildungsdifferenzierung zu tun, die nicht mit der Individualität der Kinder, sondern nur mit der Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche zu erklären ist.

Bildung ist zum profitablen Geschäft geworden. Wer kann sich welche Bildung leisten? Warum wachsen in bestimmten sozialen Gruppierungen Lernunwilligkeit, verbunden mit Zukunftsangst? Was macht die Integration von Kindern aus anderen Kulturkreisen in das europäische Bildungssystem so schwer? Welches Leitbild existiert? Nicht selten werden gesellschaftliche Missstände auf das Individuum abgewälzt, das als Versager abgestempelt wird. Vor kurzem wurde in den Medien über einen Handwerksmeister in Berlin berichtet, der sich von der Agentur für Arbeit einen der Lehrlinge vermitteln ließ, der als besonders lernunwillig galt. Dessen Interesse lag bei der Beschäftigung mit Autos. In seiner Lehre als Automechaniker konnte er es verwirklichen. Nun will er seinen Meisterbrief machen. Solche Beispiele sind zu vermehren. (Kirchhöfer, Uhlig 2012) Most bringt die Politik ins Spiel, wenn er hervorhebt: „Mich ärgert zum Beispiel, dass man in der Politik weniger auf eine gute Berufs- und fachliche Bildung, dafür mehr und mehr auf funktionierende Netzwerke setzt. Mich macht nachdenklich, dass es Politikern der heutigen Generation an gesellschaftlichen Visionen fehlt. Dass viele von ihnen sich lieber damit beschäftigen, Vorsorge für ihre weitere berufliche Karriere und das schöne Leben danach zu betreiben. Sie begreifen offensichtlich den Beruf des Politikers eher als Job denn als Berufung. Und mich stört, dass viele der selbsternannten Großpolitiker ihre Umgebung gern mit Volkes Stimme gleichsetzen und ihren um sich versammelten kleinen Hofstaat oft mit dem ganzen Staat verwechseln.“ (Most 2011, S. 85)

Was wäre zu tun, um den sozialen Herausforderungen gerecht zu werden? Eine klare Antwort gibt Most: „...Umso wichtiger ist es, dass die Politik auf ihrem Primat gegenüber der Ökonomie besteht und das Verhältnis von Staat und Kapital neu ordnet. Es geht letztlich darum, das Kapital den Belangen und Bedürfnissen der Gesellschaft unterzuordnen. Wenn die Politik das nicht schafft, und zwar im globalen Rahmen, dann stellt sich die Finanzwirtschaft ungeregt neu auf oder macht so weiter, wie bisher.“ (Most 2011, S. 46)

Die gegenwärtige Situation spiegelt sich in verschiedenen Analysen wider und führt zu entsprechenden Warnungen. Interessen werden auf verschiedene Weise ausgedrückt.

3. Analysen und Warnungen

Warnungen vor einer Schwächung der EU spitzten sich, auf der Grundlage von Analysen nach der Finanzkrise, zu. Auf der einen Seite standen die Euroskeptiker, die eine Abschaffung des Euro ins politisch-strategische Spiel brachten, auf der anderen diejenigen, die den Euro stabilisieren wollten, weil sonst die EU zerfalle, Gegen einseitige nationale Interessen oder gar gegen die EU gerichtete nationalistische Kampagnen, wandten sich Stimmen, die um den Erhalt der EU besorgt waren. Mit einigen Beispielen soll die Bandbreite von Stellungnahmen verdeutlicht werden. Sie charakterisieren die theoretisch-ideologische Auseinandersetzung um den Fortbestand der EU.

In einem Email-Wechsel zwischen Redakteur David Hugendick von Zeit-online und dem österreichischen Schriftsteller Robert Menasse ging es um die Zukunft Europas. Am 30.9.2011 erschien dazu in Zeit-online eine Zusammenfassung unter der Überschrift „Über die Feigheit der europäischen Politiker.“ Wesentlicher Kern der Ausführungen war, dass die Krise der EU keine Finanzkrise, sondern eine politische sei. Die Politik huldige dem Nationalen und belüge die Bürger. So wird festgestellt: „Die Geschichte der EU ist zunächst eine vernünftige Konsequenz aus der Geschichte, pragmatische Folge der Einsicht, dass sich die Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, allesamt Produkt des Nationalismus und der Interessenskonflikte der Nationalstaaten, nicht mehr wiederholen dürfen. Die Idee war, die Ökonomien so miteinander zu verflechten, dass dies zu gemeinschaftlichem Handeln, Solidarität, nachhaltigem Frieden und gemeinsamen Wohlstand führt. Der Vernunftgrund der EU ist also die Überwindung des Nationalismus in einer nachnationalen Entwicklung, vorangetrieben durch supranationale Institutionen. Das Problem ist heute: Die gegenwärtigen

politischen Eliten Europas befördern wieder ein Denken in nationalen Kategorien – mehr noch: nationalistische Ressentiments – und wundern sich, dass die supranationale Union knirscht und kracht. Wenn supranationale Politik von Politikern gemacht wird, die in erster Linie sogenannte nationale Interessen verteidigen, dann führt das nur zu wachsenden Widersprüchen statt zu gemeinschaftlichen Lösungen.“ Kritisiert wird die dabei genutzte primitive Rhetorik: „Es ist bestürzend, wie schnell in Deutschland wieder die allerprimitivsten nationalistischen Vorurteile abgerufen werden konnten: DIE Griechen sind faul und korrupt, während WIR Deutschen fleißig arbeiten und unseren Haushalt in Ordnung halten. Hatte Deutschland nach 1945 nicht gewisse Lehren gezogen? Aber was sich jetzt an deutschen Stammtischen abspielt, die ihre Filialen nicht nur in der *Bild*, sondern auch in der *FAZ* eröffnet haben, und wie sich die Rhetorik bestimmter Teile der politischen und wirtschaftlichen Eliten dem Gerülpse von Vorstadtschlägern annähert, ist schockierend.“ Gegen die Diffamierung der Griechen wird darauf verwiesen, dass die Deutschen an ihnen doch gut verdient haben.

Kritisiert wird der Europäische Rat: „Auffällig ist jedenfalls, welche unrühmliche Rolle in dieser anschwellenden Krise der Europäische Rat gespielt hat. Es war der Rat, der zunächst bei der Euro-Einführung eine begleitende gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik verhindert hat. Jeder wusste, dass eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Finanzpolitik ein Unding ist. Der Rat hat dann auch die Maastrichter Stabilitätskriterien aufgehoben, als es Deutschland und Frankreich so passte, weil sie selbst die Kriterien nicht erfüllen konnten. Deutschland und Frankreich wollten einer Abmahnung durch die Kommission entgehen – das erst hat die Schleusen einer fahrlässigen Budgetpolitik geöffnet, an deren Ende dann Deutschland glaubt, die Griechen bestrafen zu müssen.“ Für die Zukunft gelte, dass der Nationalismus absterbe. „So können die großen Rahmenbedingungen definiert werden, die Finanz-, Wirtschafts-, Steuerpolitik, und was regional entschieden werden kann, bleibt bei den regionalen Parlamenten. Das alles wäre nachvollziehbar, wählbar und abwählbar, würde das Bewusstsein jedes Einzelnen als Europäer stärken und entspräche auch dem Selbstverständnis der Menschen als in ihrer Region verwurzelte Europäer.“ Insofern könne man den Europäischen Rat abschaffen. (Menasse 2011)

Dieser Gedanke von der Stärkung der europäischen Integration als bestes Mittel gegen Krisen wird weiter verfolgt. In einer aktuellen Stellungnahme zum Thema „Warum ohne mehr Integration weitere Krisen drohen“ haben elf etablierte deutsche Ökonomen, Politologen und Juristen –die Glienicker Gruppe –Vorschläge für ein vertieftes Europa entwickelt. Sie schreiben: „Nimmt man die öffentliche Stimmung in Deutschland ernst, dann gibt es wenig Anlass, sich über Europa noch große Sorgen zu machen. Die dramatischen Wochen, als man täglich mit dem Schlimmsten rechnen musste, liegen lange zurück. Die Finanzmärkte haben sich beruhigt. Die Konstruktionsfehler der Währungsunion scheinen entschärft, Ratspräsident Herman van Rompuy kann vor der UN-Vollversammlung in New York unwidersprochen behaupten, die ‚existenzielle Bedrohung des Euro‘ sei ‚vorbei‘ – und er ist nicht der einzige. Wir halten das für grundfalsch. Es gibt keinen Anlass, sich erleichtert zurückzulehnen. Im Gegenteil, der Quietismus, der große Teile der deutschen Öffentlichkeit in Bezug auf die Eurokrise ergriffen hat, ist nicht nur grundlos: Er ist gefährlich. Keiner der Krisenstränge, aus denen sich die Eurokrise zusammensetzt, ist auch nur annähernd gelöst –weder die Banken -, noch die Staatsschulden- noch die Wettbewerbsfähigkeitskrise. Das Staatsverschuldungsproblem eskaliert weiter. Die mit faulen Krediten vollgesogenen Banken lähmen die Privatwirtschaft. In den Krisenländern wird eine ganze Generation ihrer Lebenschancen beraubt. Das politische Spektrum der Krisenländer radikalisiert sich. Die Bereitschaft, in der Eurozone gemeinsame Lösungen zu finden, sinkt rapide. (Glienicker Gruppe 2013, S. 1)

Die Warnung vor einem Quietismus betrifft sicher die in der Sonderform der christlichen Mystik geltende Grundaussage im übertragenen Sinn. Diese lautet, dass der Mensch zunächst sein Ich völlig aufgeben und an Gott übergeben müsse, um danach in völliger Ruhe und Gleichmut zu leben. Bezogen auf die EU kann das nur bedeuten, lasse die Politiker reden, solange es uns einigermaßen gut geht. Die Richtlinienkompetenz des Europäischen Rats, in dem die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten etwa vier Mal im Jahr zur Beratung zusammenkommen, um die politischen Prioritäten festzulegen, ist nach der Warnung der Gruppe nicht geeignet, gemeinsame Lösungen der Widersprüche zu finden. „Wir benötigen endlich eine handlungsfähige europäische Exekutive, die politisch agieren kann - Reformpakete mit Krisenländern verhandeln, über Bankenschließungen entscheiden und die Bereitstellung öffentlicher Güter sicherstellen. Deshalb braucht die Euro-Union eine handlungsfähige Wirtschaftsregierung. ... Niemand sollte heute dem Trugschluss erliegen, die Krise werde sich beruhigen und die hastig zusammengezimmerten Stabilisierungskonstrukte reichten aus, um den Euro zum verdienten und notwendigen historischen Erfolg zu machen. ... Die gegenwärtige Krise ist wohl die größte, die die Union in ihrer Geschichte durchzustehen hatte. Jetzt hängt es von uns ab, ob wir sie als große Chance nutzen, die Euro-Union begründen und damit die Währungsunion vollenden.“ (Glienicke Gruppe 2013, S. 4f.) Genau genommen geht das in eine bestimmte Richtung, die nicht mehr die EU als Ganzes im Blick hat. Die Euro-Gruppe, die Länder, die sich der gemeinsamen Währung verpflichtet haben, soll gestärkt werden. Ist das ein gangbarer Weg? Es würde die politischen Kräfte stärken, die mit der Währungsunion ihre wirtschaftlichen Zielstellungen besser durchsetzen können. Die Sozialunion wäre Nebensache.

Edgar Most sieht in seiner Analyse Finanz- und Wirtschaftskrise als systembedingt. „Ich bin schon lange der Meinung, dass der wohlfeile Begriff von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise viel zu kurz greift. Wir haben es ganz klar mit einer Krise zu tun, deren auslösende Ursachen im System selbst liegen. Insofern sind die milliardenschweren Rettungsaktionen nur ein Herumwerkeln an den Symptomen, die das grundlegende Problem nicht beseitigen.“ Die Antwort auf die Frage „Warum liegt das Übel im System?“ lautet: „Weil sich innerhalb dieses jetzt herrschenden Systems Finanz- und Realwirtschaft entkoppelt haben. Immer mehr Geld fließt in Finanzanlagen statt in die Realwirtschaft.“ (Most 2011, S. 35) Er bestätigte zusätzlich, was inzwischen kritische Theoretiker selbst betonen und ich mit einem theoretischen Utopie-Defizit charakterisiere (Hörz; H. 2013a): „Die Krise hat doch auch das Elend der etablierten Volkswirtschaftslehre offenbart. Die Makroökonomien lebten und leben teilweise noch immer in einer Scheinwelt, die nur zufällige Parallelen zur Wirklichkeit besitzt. Ihre üblichen Forschungsmodelle und Untersuchungsmethoden haben in der Vergangenheit den Blick auf viele Probleme verstellt, die zu weltweiten Wirtschaftskrisen geführt haben. Aus ihrer Sicht gab es bis dato 2008 keine leichtfertigen Banken, keine faulen Kredite, nicht einmal den irrationalen und absurden Überschwang. Ergo gab es für sie bisher auch keine Bankenkrise, keine Kreditklemmen und keine Spekulationsblasen.“ Das gelte auch für die Politik: „Die hatte sich jahrzehntelang diesem Mainstream weitgehend angeschlossen und die Augen zugemacht.“ (Most 2011, S. 42)

Welche Optionen ergeben sich aus den Analysen und Warnungen:

Erstens: Die pragmatische Lösung wird weiter sein, die Krise als Wirtschaftskrise zu bekämpfen, um den Euro mit einer rigorosen Sparpolitik zu stärken. Der Wirtschaftsraum Europa soll dabei, vor allem mit der Euro-Gruppe, international konkurrenzfähig gehalten werden. Das geschieht mit der Losung: Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit Europas erhalten, um Arbeitsplätze zu sichern und Wohlstand zu garantieren. Soziale Probleme werden dann einbezogen, wenn sie zur Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung mit Profit und Rendite für die Besitzer von Produktions-, Finanz- und Informationsmitteln und deren Manager werden.

Zweitens: Eine rigorose Lösung im Sinne der Integration, gerichtet gegen nationalistische Tendenzen, wäre die Etablierung einer Wirtschaftsregierung. Die Kompetenzen des Europäischen Rats würden beschnitten und auch die Rechte nationaler Parlamente eingeschränkt. Solange wir es mit einem Europa der Monopole zu tun haben, brächte das für die sozialen Herausforderungen keinen Gewinn. Doch ein Europa der Völker ist noch Utopie. Deshalb ist nationaler Widerstand gegen solche Bestrebungen nicht zu unterschätzen.

Drittens: Die normative Kraft des Faktischen, die sich in Protestbewegungen ausdrückt, doch auch Einbußen bei der Wirtschaftskraft umfasst, wird dazu beitragen, dass die sozialen Herausforderungen angenommen und Lösungen, die dem Wirtschaftsinteresse nicht zu sehr widersprechen, gesucht werden.

Viertens: Es bleiben immer noch die Varianten einer Teilung der Union in wirtschaftlich starke und schwache Regionen, gefördert durch eventuelle Austritte, die zur einer kleineren Union führen könnten oder gar die Auflösung der Union. Doch noch laufen weitere Beitrittsverhandlungen.

Wie steht es dabei in Deutschland mit dem angesprochenen Krisenbewusstsein, auch als Quietismus bezeichnet? Die Wahlen zum Bundestag 2013 haben gezeigt, dass Europa und die Krise im Wahlkampf kaum eine Rolle spielten. Dazu wird in einer Umfrage festgestellt: „Seit sechs Jahren nun wütet die Finanz- und Wirtschaftskrise - doch die Deutschen spüren nichts davon. Im Gegenteil: Viele sind mit ihren Finanzen deutlich zufriedener als vor der Krise.“ Das wird mit dem Vermögensbarometer 2013 des Sparkassen- und Giroverband (DSGV) belegt. Danach bewerten 57 Prozent der Befragten ihre finanzielle Lage als „gut“ oder „sehr gut“. 2005 gaben, der Studie zufolge, nur 40 Prozent an, dass sie mit ihren materiellen Lebensumständen zufrieden seien. 32 Prozent beschrieben im aktuellen Barometer ihre Finanzlage mit „es geht“, elf Prozent mit „eher schlecht“ oder „schlecht“ - das sind zwei Prozentpunkte mehr als noch im Vorjahr. „Als besonders zufrieden beschreibt sich im Barometer die junge Generation. 59 Prozent der 14- bis 29-Jährigen nehmen demnach ihre finanzielle Lage als positiv wahr. Bei den 50- bis 59-Jährigen sind es nur 54 Prozent. Fast jeder vierte Deutsche ist der Umfrage zufolge optimistisch gestimmt und rechnet damit, dass sich seine finanzielle Lage in den kommenden zwei Jahren verbessern wird. 15 Prozent glauben hingegen, dass sie sich verschlechtern wird. Allerdings betrug dieser Anteil im vergangenen Jahr noch 30 Prozent.“ (Umfrage 2013) Wenn man die Meldungen über die Proteste, etwa in Griechenland, Spanien und Portugal, verfolgt, merkt man, dass die soziale Schieflage in diesen Ländern kaum Auswirkungen auf die Meinung in Deutschland hat. Es gibt eben immer Gewinner und Verlierer in Krisen, was uns ein etwas anderes Bild von der einheitlichen Europäischen Union vermittelt, als es oft suggeriert wird. Eine Union der Bürger ist sie nicht. Ein europäisches Bewusstsein als für die Union identitätsstiftend ist als massenhafte Erscheinung nicht auszumachen.

Generelle Kritik kommt von der Partei „Die Linke“ im Bundestag. Dort wird über die EU festgestellt: „Die westeuropäische Integration, die zu ihrem Beginn als wirtschaftlicher Zusammenschluss kapitalistischer Staaten Kriege zwischen den Beteiligten ausschließen sollte, hat über lange Zeit viele Vorteile gebracht. Seit der Einheitlichen Europäischen Akte 1987 und dem Maastricht-Vertrag 1992 setzte sich jedoch ein Kurs der Herrschaft der Wirtschaft über die Politik durch. Massenarbeitslosigkeit nahm zu, die Einkommen der Oberschichten wuchsen überproportional, die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten gingen zurück, die wirtschaftlichen und die sozialen Ungleichgewichte zwischen den EU-Mitgliedstaaten spitzten sich zu. Die EU beschritt einen Weg der Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik. Mit dem Vertrag von Lissabon (2009), der die Substanz des gescheiterten Verfassungsvertrags übernahm, wurden die Fehlentwicklungen der EU ausgebaut. Der neoliberale Markttrigorisimus prägt die Grundausrichtung der EU, Willensbildung und Entscheidungsfindung auf EU-Ebene sind nicht ausreichend

demokratisch legitimiert und die Militarisierung der EU wird u.a. durch die Battle Groups, die EU-Rüstungsagentur und den diplomatisch-militärischen Auswärtigen Dienst vorangetrieben. Die seit 80 Jahren schwerste globale Wirtschafts- und Finanzkrise machte deutlich, dass die EU-Verträge keine taugliche Grundlage für ein soziales, demokratisches, ökologisches und friedliches Europa sind. Die gescheiterte Politik der Wirtschaftsfreiheiten und des freien Wettbewerbs, der Deregulierung der internationalen Finanzmärkte und der Enteignung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wurden über die EU massiv forciert.“ (Die Linke 2013)

Wie steht der Europäische Rat bei seiner Prioritätensetzung zur Situation in der EU und zu den neuen sozialen Herausforderungen?

4. Prioritätensetzung im Europäischen Rat

In der EU werden die allgemeinen politischen Prioritäten vom Europäischen Rat vorgegeben, in dem die EU-Staats- und Regierungschefs vertreten sind. Sie entscheiden auf den Tagungen über allgemeine politische Zielvorstellungen und wichtige Initiativen. Rechtsvorschriften kann er nicht erlassen. Das ist dem Rat der Europäischen Union (kurz „Rat“) überlassen. Dort treten die nationalen Minister aller EU-Mitgliedstaaten zusammen, um die Rechtsvorschriften zu verabschieden und politische Strategien zu koordinieren. Der Rat und das Parlament sind die letzte Instanz, die über neue, von der Kommission vorgeschlagene EU-Rechtsvorschriften entscheidet. Grundlage dafür sind die gesetzten Prioritäten.

Der Europäische Rat legt also nach den Regeln der EU ihre allgemeinen politischen Zielvorstellungen und damit die Prioritäten fest. Außerdem behandelt er komplexe oder sensible Themen, die auf einer niedrigeren Ebene der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit nicht geklärt werden können. So spielte auf der Oktobersitzung 2013, auf die nun einzugehen ist, das Ausspionieren von Bevölkerung und Politikern der EU durch die NSA eine Rolle.

In einem Artikel von Tim Rahmann vom 25.10.2013 in der „Wirtschaftswoche“ zum EU-Gipfel wird unter dem Thema „Europa stellt sich hinter Merkel – außer in Wirtschaftsfragen“ festgestellt: „Die Kanzlerin hat nach dem mutmaßlichen Lauschangriff der NSA auf ihr Handy viel Unterstützung auf dem EU-Gipfel bekommen. Doch mit ihren Plänen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit stößt sie auf taube Ohren. ... Doch nicht nur aufgrund des Lauschangriffs richteten sich in Brüssel alle Augen auf die deutsche Bundeskanzlerin. Schließlich warteten die Spitzenpolitiker gespannt auf die Vorschläge, wie Angela Merkel Europa umbauen will. Seit Monaten versucht die CDU-Politikerin, mal hinter verschlossenen Türen, mal offensiv, Mehrheiten für ihren Kurs zu gewinnen. Im Vorfeld des Gipfels sind erste Details bekannt geworden. Merkels Plan sieht vor, die Euro-Staaten mehr als bisher in die Pflicht zu nehmen und mehr für die Wettbewerbsfähigkeit zu tun. Jedes Land soll sich demnach in einem bilateralen Vertrag verpflichten, Strukturreformen umzusetzen. Frankreich könnte so gedrängt werden, die Reduzierung des Renteneintrittsalters rückgängig zu machen, Griechenland könnte aufgefordert werden, die Behörden effizienter zu gestalten. Ein guter wie nötiger Vorschlag. Schließlich ist offenkundig, dass viele Länder Europas auf den Weltmärkten immer weniger konkurrenzfähig sind.“ (wiwo 2013)

Worin die eigentliche Strategie der Bundeskanzlerin besteht, ist nicht einfach auszumachen. Auf jeden Fall soll die eigene Machtposition in Europa gestärkt werden, was auf der Basis der deutschen Wirtschaftsstärke erfolgt. Deshalb auch die deutsche Orientierung auf die Euro-Länder mit ihrer Währungsunion. Auf Ablehnung stoßen jedoch Vorschläge, die zwar der deutschen Wirtschaft und den deutschen Banken dienen, doch mit den Interessen anderer Staaten nicht unbedingt vereinbar sind. Interessant ist die Flexibilität der Kanzlerin. Sie machte sich schon bei der Energiewende bemerkbar, als für eine Physikerin, die an der Akademie der Wissenschaften der DDR arbeitete, doch überraschend, gerade noch die Sicherheit von Atomkraftwerken betont wurde, um sie kurz danach schneller abzuschalten, als

es in dem schon beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie vorgesehen war. Der dafür angegebene Grund, die Katastrophe von Fukushima, rechtfertigt diese Schwenkung wohl kaum. Es gab auch vorher schon Reaktorunfälle. Doch nun fand ein Umdenken in großen Teilen der Bevölkerung statt. Man gewinnt den Eindruck, dass Flexibilität auch bedeuten kann, auf einen in Fahrt gekommenen Zug aufzuspringen, der eine unfallfreie Fahrt, d. h. keine Verluste an Wählerstimmen, verspricht, ohne das genaue Ziel zu kennen. Zur Bundeskanzlerin meint Most: „Ich glaube, sie hat ihren Erfolg durch eine Mischung aus Disziplin und Ehrgeiz, Mut und Anpassung, Glück und Gespür. Instinkt und Intellekt erreicht. Karrierebewusste Menschen können sicher viel von ihr lernen. ... Es gibt ein paar Dinge, die mir an der Merkel nicht gefallen. Mich ärgert, dass sie offensichtlich aus taktischem Kalkül zu wenig Klartext redet, immer zu viel Rücksicht nimmt auf die Interessen ihrer Partei und deren Klientel. Darunter leiden die Sache und ihre Persönlichkeit. Ständig bleibt Merkel im Ungewissen und kommt nicht auf den Punkt.“ (Most 2011, S. 68) Man sollte deshalb schon gesetzte Prioritäten des Rates mit Vorsicht genießen, da Reaktionen auf Ereignisse in Ländern, die meinungsbildend sind, Auswirkungen darauf haben.

Welche Prioritäten setzte der Europäische Rat in seiner Sitzung im Oktober 2013? In den Schlussfolgerungen heißt es im Sinne der prioritären Wirtschaftsinteressen dazu: „Es gibt Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung, aber die EU muss ihre Bemühungen zur Stärkung des Wachstumspotenzials, zur Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas fortsetzen. Heute hat der Europäische Rat vor allem die Themen digitale Wirtschaft, Innovation und Dienstleistungen erörtert. Diese Bereiche verfügen über ein besonderes Potenzial für Wachstum und Beschäftigung, das rasch mobilisiert werden muss. Der Europäische Rat hat konkrete Vorgaben gemacht, wie das bestehende Potenzial optimal genutzt werden kann. ... Eine starke digitale Wirtschaft ist von entscheidender Bedeutung für das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit Europas in einer globalisierten Welt. Daher müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit die europäische Industrie wieder an Dynamik im Bereich digitaler Produkte und Dienste gewinnt“ (EURat 2013, S.1)

Effektivitätssteigerung wird jedoch nicht automatisch zur Erweiterung der Humanität. (Hörz, H.E., Hörz, H. 2013) Auch die digitale Wirtschaft birgt Gefahren. Der „gläserne Mensch“ wird mit big data immer mehr durch neue Regeln im Spiel des Lebens gesteuert. (Hörz, H. 2013b) Als Produzent unterliegt er der Beobachtung und Kontrolle. Als Konsument lenken ihn Werbung und gezielte Angebote. Die Cyberkriminalität nimmt zu. Ist Wirtschaftsspionage früher an reale Aktionen und reale Produkte gebunden gewesen, so reichen heute oft die übermittelten und ausspionierten Daten aus. In der Erklärung der Staats- und Regierungschefs heißt es dazu: „Die Staats- und Regierungschefs haben die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf mögliche Fragen im Zusammenhang mit der Nachrichtengewinnung und die große Besorgnis, die diese Ereignisse unter den europäischen Bürgern ausgelöst haben, erörtert. Sie betonen die engen Beziehungen zwischen Europa und den USA und den Wert dieser Partnerschaft. Sie sind davon überzeugt, dass die Partnerschaft auf Respekt und Vertrauen beruhen muss, auch was die Arbeit und die Zusammenarbeit der Geheimdienste betrifft.“ (EURat 2013, S. 19) Man hofft, durch Verhandlungen Probleme des Datenschutzes klären zu können. Doch die Arbeit der Geheimdienste wird weitergehen, getreu dem Motto: Freunde von heute können Feinde von morgen sein.

Die Oktobersitzung des Europäischen Rats befasste sich „mit verschiedenen wirtschafts- und sozialpolitischen Bereichen. Er verschaffte sich einen Überblick über den Stand der Umsetzung der im Juni ergriffenen Initiativen im Hinblick auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und den Zugang der Wirtschaft – insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen – zu Finanzmitteln und vereinbarte zusätzliche Maßnahmen. Er setzte neue Impulse für eine bessere Rechtsetzung.“ Er „führte eine eingehende Aussprache über die

Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion. Dabei konzentrierte er sich insbesondere auf die verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung, die Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion und die Vollendung der Bankenunion.“ (EURat 2013, S.1)

Man gewinnt den Eindruck, dass alle sozialen Fragen unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet werden. Das entspricht der Priorität, die in der EU Wirtschaftsinteressen gegenüber sozialen Herausforderungen haben. Zwar wird festgestellt, dass auf die Probleme, also auch auf sozialen Dimensionen weiter zurückzukommen sei. Doch schon über die angesprochenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gibt es unterschiedliche Meinungen. Vor allem wird die eingesetzte Summe als zu niedrig angesehen. Außerdem kämen bedürftige Jugendliche teilweise nicht in den Genuss der Förderung.

Die vom Europäischen Rat gesetzten Prioritäten sind Grundlage für die Arbeit der Europäischen Kommission, die unter Kontrolle des EU-Parlaments steht.. Sie vertritt und wahrt die Interessen der gesamten EU. Vorschläge für neue europäische Rechtsvorschriften werden von ihr erarbeitet. Sie setzt deren politische Maßnahmen um und verwaltet die Mittel. Es sind in ihrer Arbeit ebenfalls die Wirtschaftsinteressen, die im Vordergrund stehen, vermittelt oft durch Lobbyarbeit. Schon vor einiger Zeit wurde festgestellt: „Bei der Europäischen Kommission sind allein in der direkten Umgebung mittlerweile circa 15.000 Lobbyisten tätig, auf einen Kommissionsmitarbeiter kommt inzwischen mindestens ein Lobbyist. Die Kommission lässt sich zunehmend von ‚externen Stellen‘ beraten, ja bittet darum, dass man ihr Experten zur Verfügung stellt. Die EU-Beamten akzeptieren den Lobbyismus also nicht nur, sie laden auch zu ihm ein, da er ihnen einerseits kostenlose Informationen liefert, andererseits Rückendeckung für politische Vorhaben verschafft. Vor allem aber weil der relativ kleine Mitarbeiterstab der Kommission den enormen Arbeitsanfall ohne die Beratungsdienstleistungen der professionellen Lobbyisten gar nicht bewältigen könnte. Alle bedeutenden Konzerne unterhalten in Brüssel eigene Koordinationszentren und sogenannte Beratungsbüros mit teilweise bis zu zwanzig Mitarbeitern. Die Beratungsbüros, Anwaltskanzleien und freiberuflichen Lobbyisten bilden hier so etwas wie einen eigenen Wirtschaftssektor, dessen Umsatz auf zwei Milliarden Mark im Jahr geschätzt wird. Es ist aber nicht so, dass die Politiker nur von außen beeinflusst werden, sehr oft sind sie selber Lobbyisten der Wirtschaft ... Rund 80 Prozent aller Wirtschafts- und Sozialgesetze stammen bereits von der ‚Hinterzimmer-Gesetzgebung‘ der Europäischen Union und nicht etwa von den nationalen Gesetzgebern und bislang ist noch keine Änderung dieses Zustands in Sicht“ (Wahrheitssuche 2013) Diese Verhältnisse haben sich sicher nicht geändert, eher noch mehr in die Richtung der Wirtschaftsinteressen verschoben.

Das Flüchtlingsproblem spielte nach der Katastrophe von Lampedusa auf der Sitzung des Europäischen Rats ebenfalls eine Rolle. Zwar wird bedauert, dass es ständig an den Grenzen der EU zu toten und verletzten Flüchtlingen kommt. Doch im Vordergrund dürfte die Grenzsicherung stehen. Das Ergebnis der Beratungen ist u.a. mit dem Hinweis festgehalten, dass das Problem weiter zu behandeln sei: „Der Rat bekundet seine tiefe Trauer angesichts der jüngsten Ereignisse, bei denen Hunderte von Menschen auf dramatische Weise im Mittelmeer ums Leben gekommen sind und die alle Europäer erschüttert haben. Ausgehend von dem dringenden Erfordernis der Vorbeugung und des Schutzes und geleitet vom Grundsatz der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten sollten konsequente Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass Menschen auf See ihr Leben verlieren und dass sich solche menschlichen Tragödien wiederholen.“ Die eigentlichen Ursachen sollen zwar bekämpft werden, doch zugleich ist das Grenzregime zu stärken: „Nicht nur im Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten, sondern auch in den Herkunfts- und Transitländern sollte der Kampf gegen Schleusung und Menschenhandel intensiviert werden. Ferner ruft der Europäische Rat dazu auf, die Aktivitäten von Frontex im Mittelmeer und an

den südöstlichen Grenzen der EU zu verstärken. Die rasche Einführung des neuen Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR) durch die Mitgliedstaaten wird entscheidend dazu beitragen, dass Schiffe und illegale Einreisen entdeckt werden, was dazu beiträgt, dass Menschenleben an den Außengrenzen der EU geschützt und gerettet werden.“ (EURat 2013, S. 16f.)

Wichtige soziale Zielsetzungen werden in der EU ebenfalls formuliert: „Im Bereich der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung nennt die EU folgende Herausforderungen, denen in den nächsten 10 Jahren vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken ist und deren Problemlösung angestrebt wird: Kinderarmut ein Ende bereiten; Förderung der aktiven Eingliederung der am stärksten gefährdeten Gruppen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt; Schaffung angemessener Wohnverhältnisse für alle; Überwindung von Diskriminierung und Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderungen, von ethnischen Minderheiten, EinwandererInnen und anderen besonders schutzbedürftigen Gruppen; Überwindung der finanziellen Ausgrenzung und Überschuldung. Dazu werden wichtige Maßnahmen benannt, wie die für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in allen Politikbereichen. Die Mehrdimensionalität von Armut erfordere Lösungsansätze „die alle Politikbereiche erfassen, sodass der Kampf gegen Armut bei der Ausarbeitung jeder politischen Strategie berücksichtigt werden muss.“ In Bezug auf „Europa 2020“ „werden wirksame Synergien mit anderen Leitinitiativen“ eine entscheidende Rolle spielen, damit die angestrebten Ziele erreicht werden können. Zu den politikbereichsübergreifenden Maßnahmen zählen unter anderem: Zugang zur Beschäftigung mit einer Beschäftigungsquote von 75 Prozent in Europa; neue Wege zur Beschäftigung, aktive Eingliederung arbeitsmarktfremder Personen; Sozialschutz und Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen; Angemessenheit und Nachhaltigkeit der Pension- und Rentensysteme; Effizienz der Gesundheitssysteme und Zugang aller Menschen zu hochwertiger Gesundheitsversorgung. Weitere wichtige Maßnahmen werden angegeben. (Halmer 2012, S. 7f.) Inwieweit sie jedoch greifen und in den Ländern umgesetzt werden, ist später zu prüfen.

Es bleibt eine wichtige Aufgabe, wenn die EU weiter bestehen soll und sich den sozialen Herausforderungen stellen will, die Einheit von Wirtschafts- und Sozial-Union herzustellen. Das ist angesichts der auf Rendite und Profit orientierten Politik sicher schwer. Das zeigen schon bisherige Ansätze.

5. Wirtschafts- und Sozial-Union schaffen!

Es geht um eine breitere Auffassung von Sozialpolitik auch in der EU: „Der Begriff Sozialpolitik bezieht sich ausschließlich auf die Sicherung gegenüber den fünf elementaren Lebensrisiken: Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall und Armut. Die Bezeichnung Sozialstaat verweist folglich auf diesen Kern. Wohlfahrtsstaatliche Politik hingegen benötigt neben den Instrumenten der Sozialpolitik eine kollektiv getroffene, demokratisch legitimierte Zielsetzung (zum Beispiel über Umverteilungsausmaße, Marktbegrenzungen beziehungsweise Dekommodifizierungsbereitschaft) und eine breite gesellschaftspolitische Einbettung von der makroökonomischen Steuerung über die Familienpolitik bis hin zur Bildungspolitik als Grundlage von Partizipation und Inklusion in einem nicht ausschließlich marktlichen Sinne.“ (Heise, Lierse 2011, S. 2) Dabei stellt schon die WIKIPEDIA zur Sozialpolitik der EU fest, dass sie in diesem Bereich „nur sehr begrenzte Zuständigkeiten“ besitzt. „Sie beschränken sich im Wesentlichen auf eine Unterstützung der sozialpolitischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sowie, in bestimmten Bereichen, auf die Aufstellung von Mindeststandards insbesondere hinsichtlich der Rechte von Arbeitnehmern. Dabei wird stets der primären Verantwortung der Mitgliedstaaten für diesen Bereich sowie der Vielfalt der nationalen Sozialsysteme Rechnung getragen. Enge Beziehungen bestehen zur Beschäftigungspolitik und zur Gleichstellungspolitik, die in gewissem Grade auch als Teilbereiche der Sozialpolitik

betrachtet werden können.“ Das nach Art. 151 AEUV angestrebte Ziel der Sozialpolitik, die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung bzw. langfristig auch die Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, ein angemessener sozialer Schutz, der soziale Dialog und die Bekämpfung von Ausgrenzungen erfolgt sicher unterschiedlich in den Ländern, denn es gilt, die „Vielfalt der einzelstaatlichen Gepflogenheiten“ und insbesondere nach Art. 153 Abs. 4 AEUV die Befugnis der Mitgliedstaaten für die Festlegung der Grundzüge ihrer Sozialsysteme zu beachten. Auch dürfen Maßnahmen der Union nicht die Stabilität der nationalen Sozialsysteme beeinträchtigen.“ (Sozialpolitik 2013) Der Handlungsspielraum der EU bei der Herausbildung einer Sozial-Union ist sicher nicht sehr groß. Will man sie denn überhaupt?

Diskutiert wird über ein „Europäisches Sozialmodell“ als normatives Leitbild der Sozialpolitik der EU. Der Begriff sei jedoch schwer zu definieren ist und sein Inhalt werde kontrovers diskutiert. „Deskriptiv verwendet beschreibt ‚Europäisches Sozialmodell‘ den systematischen und in Form von Gesetzen und wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen institutionalisierten Versuch, wirtschaftliche Dynamik mit sozialem Ausgleich zu verbinden.“ Weiter heißt es: „Neben der deskriptiven Dimension besitzt der Begriff ‚Europäisches Sozialmodell‘ auch eine normative Dimension, da er vielfach auch für eine politisch anzustrebende Zielvorstellung bzw. ein zu bewahrendes und/oder zu reformierendes Subsystem der Wirtschafts- und Sozialordnung verwendet wird.“ Die Bestimmung der Bestandteile stößt jedoch, wie festgestellt wird, auf folgende Probleme: „die Vielfalt der Sozialsysteme innerhalb Europas, die Problematik der Abgrenzung, welche Staaten bei einer Definition des Europäischen Sozialmodells zu berücksichtigen sind, die gegenwärtige Veränderungsdynamik, der die Sozialpolitik in allen europäischen Ländern unterworfen ist, die Tatsache, dass eine bloße Definition durch Abgrenzung, z.B. von den USA, nicht ausreicht, um eindeutig festzustellen, durch welche Merkmale das Europäische Sozialmodell positiv gekennzeichnet ist, die Heterogenität der zu einer Definition durch Abgrenzung herangezogenen Wirtschafts- und Sozialordnungen (auch die nicht dem Europäischen Sozialmodell zuzurechnenden Wirtschafts- und Sozialordnungen bilden keine homogene Gruppe oder ein eindeutig definierbares Alternativmodell).“ Hingewiesen wird auf die wachsende Kritik an den Sozialsystemen insbesondere durch liberale Politiker und Wissenschaftler sowie Interessenvertreter der Wirtschaft. Weiter heißt es zu den Aussichten: „Die Entwicklung des ‚Europäischen Sozialmodells‘ wird sehr davon abhängen, ob der politische Wille zur Erhaltung der Sozialstaaten in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sich gegenüber anderen Interessen durchsetzen kann. Ein entscheidender Faktor wird eine mögliche Europäisierung der Sozialpolitik sein, da die Nationalstaaten unter dem Druck der Globalisierung nur noch wenige Handlungsspielräume haben.“ (Sozialmodell 2013)

Der politische Wille, die Wirtschaftsunion oder auch nur die Währungsunion der Euro-Länder mit einer Sozial-Union zu verbinden, ist bei den politischen Parteien nicht sehr groß. Nur die Partei „Die Linke“ setzt sich konsequent für eine soziale Fortschrittsklausel in den Verträgen der EU ein. Wenn man in der EU den sozialen Herausforderungen Rechnung tragen will, dann bedarf es einer umfassenden Sozialcharta mit einer sozialen Fortschrittsklausel, die sich auf begründete Humankriterien stützt.

Wir haben die entscheidenden Kriterien so formuliert: „Erstens: Eine **kulturell und individuell sinnvolle Tätigkeit** ist für jedes Individuum wichtig, wenn es seinem menschlichen Wesen gerecht werden will. Die Verweigerung des Rechts auf Arbeit widerspricht der Forderung nach Freiheit. Zweitens: **Persönlichkeitsfördernde Kommunikation** braucht jeder Mensch, da er nicht nur ein denkendes und handelndes Wesen, sondern auch ein sozial organisiertes kommunikatives Geschöpf ist. ... Es gibt Über- und Unterforderung durch Kommunikation, Flucht aus sozialen Zwängen und Vereinsamung.

Drittens: **Die individuell spürbare Erhöhung des Lebensniveaus für alle Glieder des sozialen Systems** entspricht einer Forderung, die fast jedes moderne politische Programm sozialer Gestaltung der Strukturen und ihrer Umgestaltung enthält. Selten ist sie Grundlage politischer Entscheidungen.Viertens: **Die garantierte und geförderte Entwicklung der Individualität** ist mit der Erweiterung gesellschaftlicher Freiheitsräume verbunden. In ihnen ist Bildung, Arbeit, Obdach, Nahrung, Erholung zu garantieren. Fünftens: **Die Integration von Behinderten, sozial Schwachen und Ausgegrenzten** in die sozialen Strukturen einer soziokulturellen Identität zeigt in der Praxis, wie ein soziales System seiner Verantwortung für alle ihre Glieder gerecht wird.“ (Hörz, H.E. 2013, S. 7f.)

Solche Forderungen können jedoch nur durchgesetzt werden, wenn der Druck von unten auf Parlamente und Regierungen stark genug ist.

6. Wie sieht die Zukunft aus?

Noch können wir nicht sagen, welches von den vier Szenarien, die ich 2007 im Vortrag vor der IWVWW charakterisierte, sich durchsetzen wird. (Hörz, H. 200/7) Szenario 1 (S1) ist das denkbare Zerfallsszenario mit (S1a) dem völligen Zerfall, (S1b) der Bildung einer Kerngruppe, die die Ziele der Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten verwirklicht und (S1c) die Bildung mehrerer Interessengruppen, die sich gegenseitig unterstützen oder bekämpfen. Dieses Szenario ist immer noch möglich, wenn sich die damals genannten Zerfallsfaktoren verstärken. Ich wies u.a. darauf hin, dass europafreundliche oder europafeindliche Strömungen zu berücksichtigen sind. Sie werden zurzeit wieder stärker und gewinnen an Einfluss. Trotzdem ist ein teilweiser oder ganzer Zerfall nicht in Sicht. Es kann jedoch zu einer weiteren Stärkung der Euro-Gruppe kommen, was zwar kein Zerfall wäre, doch in S1b ebenfalls enthalten wäre. Das könnte der Ausgangspunkt dafür sein, dass sich andere Länder aus der EU verabschieden oder nur noch „Randmitglieder“ sind. Aufschluss werden die zukünftigen Verhandlungen über weitere Verträge geben.

Szenario 2 ist ein Stabilitätsszenario auf der Grundlage einer weiteren europäischen Einigung, nach dem sich Europa als selbständige Wirtschaftsmacht etabliert und dabei ein für die weitere Existenz wichtiges europäisches Selbstbewusstsein herausbildet, womit ein moderner Kapitalismus entstehen würde, der längere Zeit überlebensfähig bleiben könnte, wenn er sich durch innere Reformen festigt. Es sind die anstehenden Reformen, von vielen gefordert, und doch schwer durchzuführen, die eine weitere Entwicklung der EU garantieren. Gegenwärtig geht es vor allem um den Abbau von Restriktionen für den Kapitalfluss, um den richtigen Einsatz der Mittel für das Wirtschaftswachstum. Eine Einheit von Wirtschafts- und Sozial-Union steht nicht auf der Agenda. Zwar werden Forderungen in dieser Richtung erhoben. Doch noch gehört den Wirtschaftsinteressen die Priorität. Das gilt auch für die tonangebende Euro-Gruppe.

Szenario 3 schilderte ich als ein anderes Stabilitätsszenario, das die Einheit von Europa und den USA in den Mittelpunkt stellt und von vielen Denkern auf der Grundlage der gemeinsamen westlichen Werte beschworen wird. Es wäre, so meine Auffassung, letzten Endes die Unterordnung des kapitalistischen Europa unter die kapitalistischen USA im Interesse des Weiterlebens des von beiden herrschenden Kreisen gewünschten sozialökonomischen Systems, das freie Märkte und Profitmaximierung zulässt und fördert. Durch die Finanz- und Wirtschaftsprobleme der USA, auch durch die aktuelle Verstimmung, ebenso wie durch das schwindende Ansehen der USA in der Welt und ihre Fehlgriffe als Ordnungsmacht, einschließlich ihrer Drohnenangriffe mit zivilen Opfern, ist Europa auf Distanz zu den USA gegangen. Das hebt gemeinsame Aktionen nicht auf. Doch die Stabilität der EU ist derzeit nicht an die Stabilität der USA gekoppelt.

Das vierte Szenario (S4) sah ich in der Formierung der verschiedensten schon vorhandenen und noch weiter wachsenden Potenziale, die sich für ein Europa der Völker im

Zusammenhang mit der Lösung globaler Probleme einsetzen. Um es genau zu sagen: Es geht um die Realisierung erhobener Forderungen nach Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Wohlstand, verbunden mit der Gleichstellung der Geschlechter, Bildungsmöglichkeiten für alle, Umweltschutz, Wissenschaftsentwicklung, Kinderbetreuung und Jugendförderung. Für die Gestaltung einer humanen Zukunft wäre dabei erforderlich, als das zu verwirklichen, was in den Dokumenten dazu im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Europas steht. Dieses Szenario dürfte jedoch weiter utopisch sein. Ich kann nur heute, wie damals, mit den Worten schließen. „Die Welt verändert sich ständig und wir Menschen können unsere Gestaltungsmöglichkeiten für die humane Lösung von Problemen nutzen. Tun wir es nicht, behalten die Pessimisten recht, die der Menschheit keine Chance für die Zukunft geben. Unter ihnen sind diejenigen, die meinen, mag kommen, was wolle, ich habe jetzt meinen Spaß. Es sind die Herrschenden und die Reichen, die Wirtschaftsbosse und die neoliberalen Gewinner, denen Zukunftsperspektiven egal sind. Die Lebensbedingungen ihrer Enkel spielen dann eine Rolle, wenn damit eigene Interessen befriedigt werden. Solange wir keine Folgenverantwortung für unser derzeitiges Tun übernehmen, den Warnungen vor den zukünftigen Gefahrenrisiken durch seriöse Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht folgen, Gefahren für die Natur und die Menschen ungenügend eindämmen, werden wir untergehen. Ist das unser Ziel?“ (Hörz 2007, S. 112) Viele gegenwärtige Aktionen gegen Sozialabbau, für Frieden, Solidarität und Kooperation bestätigen den Willen, dafür sich auch in der EU einzusetzen, um auf die sozialen Herausforderungen zu reagieren und die Probleme auf humane Weise zu lösen.

Literatur:

- Arbeitslosenstatistik (2012), <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70606/arbeitslosigkeit-2012> (Zugriff am 30.10.2013)
- Armut.de (2013) http://www.armut.de/armut-in-europa_praevalenz-der-armut-in-europa.php (Zugriff am 29.10.2013)
- Borchert, Jürgen (2013), Sozialstaats-Dämmerung. München: Verlagsgruppe Random House Riemann-Verlag
- Die Linke (2013), Die Linke im Bundestag: Für eine neue soziale Idee <http://www.linksfraktion.de/themen/europaeische-union> (Zugriff am 28.10.2013)
- EuRat (2013) Schlussfolgerungen: Tagung Europäischer Rat vom 24./25.10.2013. EUCO 169/13 pdf
- Europa (2013) http://europa.eu/about-eu/facts-figures/index_de.htm (Zugriff am 28.10.2013)
- Finanzlücke (2013), Drohende Finanzlücke der EU abgewendet. Süddeutsche.de vom 24.10.2013 <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/-milliarden-euro-zusaetzlich-bewilligt-drohende-finanzluecke-der-eu-abgewendet-1.1802828> (Zugriff am 29.10.2013)
- Glienicker Gruppe (2013) Aufbruch in die Euro-Union. 17. Oktober 2013, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/medienbeitraege/20131018Aufbruch_Euro-Union.pdf (Zugriff am 28.10.2013)
- Halmer, Susanne (2012) Armut in der Europäischen Union. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Heise, Arne, Lierse, Hanna (2011), Haushalskonsolidierung und das europäische Sozialmodell. Auswirkungen der europäischen Sparprogramme auf die Sozialsysteme. Studie. Berlin. Friedrich-Ebert-Stiftung
- Hörz, Helga E. (2013), Ist die gegenwärtige Ethik noch zeitgemäß? <http://leibnizsozietaet.de/wp-content/uploads/2013/10/EtkikLSV.pdf>
- Hörz, Helga E., Hörz, Herbert (2013) Ist Egoismus unmoralisch? Grundzüge einer neomodernen Ethik. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag

- Hörz, Herbert (2007), Szenarios für ein zukünftiges Europa, in: Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik (IWVWW), Berichte 17. Jg., Nr. 176/177, S. 94 – 113
- Hörz, Herbert (2013a), Wie ist das Utopie-Defizit in Wissenschaft und Politik zu überwinden? -Erfahrungen und Konsequenzen-, Berichte der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung für Weltwirtschaft und Weltpolitik (IWVWW), 23. Jg., Nr. 198, Januar 2013, S. 19 – 38
- Hörz, Herbert (2013b) Egoismus in der Diskussion. <http://leibnizsozietaet.de/wp-content/uploads/2013/10/HHVortrag.pdf>
- Kirchhöfer, Dieter, Uhlig, Christa (Hrsg.) (2012), Bildung und soziale Differenzierung in der Gesellschaft, Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang Verlag.
- Most, Edgar (2011), Sprengstoff Kapital: Verschwiegene Wahrheiten zum Aufschwung. Berlin: Das Neue Berlin (Antworten auf Fragen von Steffen Uhlmann)
- News (2013), Die EU reguliert Staubsauger und erntet Kritik. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Die-EU-reguliert-Staubsauger-und-erntet-Kritik-2034542.html> (Zugriff am 28.10.2013)
- Pramstaller (2013), Flickwerk Flüchtlingspolitik. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-10/EU-Asyl-Migration> (Zugriff am 28.10.2013)
- Sozialpolitik (2013), [http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialpolitik der Europäischen Union](http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialpolitik_der_Europäischen_Union) (Zugriff am 28.10.2013)
- Sozialmodell (2013), [http://de.wikipedia.org/wiki/Europäisches Sozialmodell](http://de.wikipedia.org/wiki/Europäisches_Sozialmodell) (Zugriff am 28.10.2013)
- Umfrage (2013), Zufriedenheit der Deutschen auf „extrem hohen Niveau. Süddeutsche.de vom 24.10.2013 <http://www.sueddeutsche.de/geld/umfrage-zur-finanziellen-lage-zufriedenheit-der-deutschen-auf-extrem-hohen-niveau-1.1802610> (Zugriff am 29.10.2013)
- Wahrheitssuche (2013), Die Europäische Union – Eine Kritik. <http://www.wahrheitssuche.org/eu.html> (Zugriff am 26.10.2013)
- Wiwo (2013) Wirtschaftswoche <http://www.wiwo.de/politik/europa/eu-gipfel-europa-stellt-sich-hinter-merkel-ausser-in-wirtschaftsfragen/8978096.html> (Zugriff am 28.10.2013)